JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

KORRESPONDENTEN IN ALLEN JÜDISCHEN ZENTREN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

REDAKTION UND VERLAG: OSCAR GRÜN



TELEGR.-ADR.: „PRESSCENTRA ZÜRICH“
POSTCHECK-KONTO VIII 5166

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

Nummer 28	11. April 1919	י"א ניסן תרע"ט	Preis 25 Cts.

Abdruck gegen Quellenangabe

Bericht aus Palästina.

Das öffentliche jüdische Leben in unserem Lande beschäftigt sich jetzt grösstenteils mit den Vorbereitungen zu der bevorstehenden konstituierenden Versammlung. Es soll eine richtige Konstituante der palästinensischen Judenheit geschaffen werden. Im Zeichen dieser Vorbereitungen steht die Neubildung mehrerer Parteien, so „Haesrach“ durch Diesengoff und einer radikal-nationalen Partei, an deren Spitze der bekannte Pädagoge Dr. Turow, sowie die Herren Berlin und A. Ludwipol stehen. Die radikal-nationale Partei soll gewissermassen die goldene Mitte bilden zwischen dem rechtsstehenden „Haesrach“ und den radikalen linksstehenden Elementen. Aber auch die Rechten, die wirklichen „Schwarzen“ ruhen nicht. Der bekannte Vertreter des extremen Jischubs, Reb Leibele, Dajan in Jerusalem, gründete eine Partei mit dem Namen „Jerusalem“, die sich das Programm gestellt hat, gegen alles Neue, gegen den Zionismus und Modernismus Sturm zu laufen. Diese Partei ist nicht entstanden um gegen den neuen Jischub zu kämpfen, sondern nur aus Konkurrenzneid und Angst vor dem Misrachi, da die letzten ausserordentlichen Erfolge des Misrachi, dem es gelungen ist zahlreiche Anhänger zu gewinnen, die stoische Ruhe dieser Fanatiker gestört haben. Die Poale-Zion-Partei in Palästina hat ihren Namen und ihre Organisationsform geändert. Sie hat sich in eine neue selbständige Organisation unter dem Namen „Einigung und Arbeit“ umgebildet. Die neue Organisation tritt in corpore in den Weltverband der Poale-Zion ein. Diese Veränderung hat unter den Mitgliedern des „Hapoel Hazair“ starke Kritik hervorgerufen, da sie darin die Absicht der Poale-Zion, zahlreiche Elemente, insbesondere die Anhänger des „Hapoel Hazair“, auf Umwegen für die Poale-Zion zu gewinnen, erblickt.

Zum ersten Male werden bei den Wahlen in Palästina auch die Frauen eine wichtige Rolle zu spielen haben. Die progressiven Elemente hatten die Wahlberechtigung der Frau erst nach schwerem Kampfe durchgesetzt. Es dauerte aber nicht lange, bis gerade im radikalen Lager schwere Bedenken gegen diesen „Sieg“ laut wurden, denn die wiederholt veranstalteten Wahlen zeigten die Tatsache, dass die Frau fast durchwegs „schwarz“ wählte. Die Orthodoxen konnten mit Genugtuung konstatieren, dass in mehreren Gesellschaften und öffentlichen Institutionen der Einfluss der progressiven Elemente infolge der lebhaften Wahlbeteiligung der Frauen auf ein Minimum herabsank.

Ausser der konstituierenden Versammlung für ganz Palästina sollen auch besondere Provinzial-Vorstände gewähl werden. 10 Wahlkreise sollen ihre besonderen Vorstände haben.

Die Leidensgeschichte der Juden in Palästina unter dem türkischen Regime bildet jetzt das Tagesgespräch. Mehrere der früheren türkischen Beamten, die an den schweren Verfolgungen und grausamen Misshandlungen der Juden teilgenommen haben, wurden von den englischen Militärbehörden nach langem Suchen dingfest gemacht. So ist in diesen Tagen der frühere türkische Oberarzt von Nazareth, Hassan Bey, verhaftet worden, der einer der Hauptinitiatoren der sogenannten „Spionageverdächtigungen“ war, die er als Deckmantel benutzte, um unschuldige Menschen zu misshandeln und zu erpressen. Es heisst auch, dass der bekannte Kaimakam von Haifa, der ebenfalls zahllose Verbrechen gegen die Juden und Araber auf dem Gewissen hat, verhaftet worden ist.

Das wichtigste Problem, das uns gegenwärtig beherrscht, ist die Frage der Arbeiterbeschaffung. Alle jüdischen Gesellschaften, an der Spitze der provisorische Waad für Palästina widmen dieser brennenden Frage die grösste Aufmerksamkeit. Letztens hat dieser palästinensische Rat eine grosse Konferenz abgehalten und wichtige Beschlüsse gefasst. So sollen alle finanziellen öffentliehen Institutionen sich verpflichten allen denjenigen, die jüdische Arbeiter überhaupt nicht beschäftigen, jede Hilfe zu verweigern. Auch die jemenitischen Juden schreien nach Arbeit und veranstalteten Anfang März eine Strassendemonstration. Der Demonstrationszug ging durch die Allenbystrasse in Tel-Awiw und machte vor dem Amtshaus der Zionistischen-Palästina-Kommission halt. Kommandant *Bianchini* und *Lewin-Epstein* erschienen auf dem Balkon, denen ein junger Jemenit namens seiner Kollegen erklärte: „Wir wollen Arbeit! Wir verlangen kein Gnadenbrot! Wir wollen keine Unterstützungen! Gebt uns Arbeit!“ Als Herr Lewin-Epstein antwortete, man müsse noch einige Tage abwarten, erklärte im Namen der jemenitischen Juden Herr *Blumenfeld:* Die Jemeniten können nicht warten.

Sie müssen *sofort* Arbeitsmöglichkeiten erhalten. Hunderte von Menschen liegen auf den Strassen, um die sich niemand kümmert. Die Jemeniten seien besonders erbittert über eine Reihe von jüdischen Kolonisten und die Vertreter Baron Rotschilds, die nicht-jüdische Hände beschäftigen, während sie zum Bettelstab greifen müssen!

Von den zahlreichen Industrie- und Handelsunternehmungen, die hier projektiert werden, beschäftigt uns gegenwärtig am meisten das Projekt von Gründungen grosser Druckereien in Jaffa und Jerusalem. Ausser dem Unternehmen des Herrn *Salzmann* (siehe Mitteilungen No. 27 der J. P. Z. Zürich) plant auch der bekannte hebräische Mäcen *A. Stybel* aus Moskau, die Gründung einer Druckerei und hat bereits dem zur Zeit in Palästina weilenden Herrn Isaak Goldberg Vollmachten erteilt, die Errichtung dieses Unternehmens in die Wege zu leiten. Sollte es gelingen die erforderlichen Maschinen und Materialien in das Land ehestens herein zu bekommen, so wird hierdurch, wie es heisst, Arbeitsgelegenheit für viele Hunderte geschaffen werden.

Die Landwirtschafts- und Kolonisationsabteilung beim zionistischen Amt in Jaffa arbeitet jetzt Arbeitspläne für die ersten Jahre nach Friedensschluss aus. Die folgenden Vorschläge beziehen sich auf die allernächste Kolonisationsperiode: Palästina bedarf im allgemeinen einer dichteren Besiedelung. Das Land ist nur schwach bevölkert und muss intensiver als bisher bevölkert werden. Die jetzigen jüdischen Kolonien und Farmen müssen fortan enger besiedelt werden, da neuer Bodenbesitz uns vorläufig nicht zur Verfügung steht und neuzuerwerbende Gebiete für Kolonisationszwecke erst durch Bewässerung, Drainage, Wegebauten, Strassenanlagen usw. vorzubereiten sind. Land soll durch den jüdischen Nationalfonds solchen Arbeiterfamilien in Erbpacht gegeben werden, von denen man annehmen kann, dass sie es ohne fremde Arbeitskräfte bewirtschaften können. Ein besonderes landwirtschaftliches Kreditinstitut, das dort geschaffen werden muss, sollte entsprechende Vorschüsse gewähren. Die Kolonisten der ersten Siedelungen, die nach dem Kriege untergebracht werden, sollten hauptsächlich oder ausschliesslich aus dem Kreise der Arbeiter genommen werden, die während der verflossenen Jahre genügend Erfahrung in der Landwirtschaft gesammelt haben. Für jede Ansiedelung sollte ein besonderes Siedlungskomitee alle Einzelheiten der Unterbringung übernehmen. Die Ansiedler haben zu bestimmen, ob sie auf der Basis der genossenschaftlichen Produktion oder der Individualwirtschaft arbeiten wollen. Jedes Siedlungskomitee hat von Anfang an die Bildung einer Gesellschaft mit allen für eine wohlorganisierte Gemeinschaft notwendigen kulturellen Einrichtungen ins Auge zu fassen. Schulen, Gesundheitswesen und andere Gemeindeeinrichtungen werden aus den allgemeinen Mitteln der Zionistischen Organisation bestritten. Die Kosten für das Land und die Vorbereitungen, die durch den Nationalfonds zu tragen sind, können auf rund 350 Lst. pro Familie (200 Lst. für das Terrain, 150 Lst. für dessen Vorbereitung) gerechnet werden. Landwirtschaftliche Kredite für Bauten, Arbeitsgeräte und und Anlagekapital würden sich auf etwa 500 Lst. belaufen, diejenigen für Schulen, Gesundheitswesen und andere gemeinnützige Einrichtungen auf etwa 100 Lst. per Familie.

Die anzulegenden „Pionier"-Kolonien müssten unbedingt einen Erfolg darstellen. Enge Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen, der Ansiedler, der Landinstitute des Kreditinstitutes usw., sowie der Organisation zur Anlage von Schulen, Hospitälern etc. wird in Palästina einen neuen Typ nationaler Siedlungen schaffen. Obwohl wir als idealen Siedlungstyp eine Dorfgemeinde von mindestens 100 Familien betrachten, müssten wir uns auch mit Siedlungen kleineren Ausmasses begnügen. Diese werden sich hoffentlich durch Hinzukommen neuer Ländereien vergrössern können. Wenn es irgend möglich ist in der unmittelbaren Nachbarschaft geeignetes Land zu erwerben, so wird man gut tun, grössere Gebiete in Besitz zu nehmen, als die mit denen wir heute rechnen müssen.

Neben zahlreichen Presseerscheinungen politischer Natur sind in Palästina letztens mehrere literarisch-wissenschaftliche Schriften herausgegeben worden. A. S. Rabinowitsch gibt eine Sammelschrift unter dem Titel „Hagalil" heraus. Der bekannte sphardische hebräische Schriftsteller A. Almaliach, veröffentlicht ein Sammelbuch „Mimisrach Umimaaraw". Eine Sammelschrift „Luach Erez Jisroel", von dem verstorbenen palästinensischen Gelehrten A. M. Luncz zusammengestellt, ist soeben erschienen, die eine Fülle reichen Materials über Juden und Judentum in Palästina und im Orient bringt. J. H. Brenner hat soeben das 6. Heft seiner „Rewiwim" herausgegeben. Die pädagogisch literarische Sammelschrift „Hachinuch" unter der Redaktion von Herrn Dr. Turow findet grosse Verbreitung im Lande. Zahlreich sind die literarischen Erscheinungen der Verlagsgesellschaften „Kohelet", „Ba'Kfar" und des „Pädagogischen Verlages". (Auszug aus einem Bericht des K. Z. B.)

Die jüdische Frage bei den Friedensverhandlungen.

Berlin, 31. März. (W. T. B.) In der Geschäftsstelle des *Auswärtigen Amts* für die Friedensverhandlungen fand heute vormittag eine Sitzung zur Beratung der jüdischen Frage bei den Friedensverhandlungen statt. Die Sachverständigenkommission für jüdische Angelegenheiten schlug folgende Forderungen vor: *Gleichberechtigung* und *Gleichstellung* der Juden und des Judentums in allen Ländern der Welt, also auch Beseitigung aller Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen, die Beschränkungen lediglich für Juden enthalten. Forderungen über die *nationale* und *kulturelle Autonomie* in den neugebildeten Staaten in dem Umfange, den die Mehrheit der dortigen Juden fordert, sowie Festsetzung solcher politischen, administrativen und ökonomischen Bedingungen für Palästina, dass seine Entwicklung *zu einem von der gesamten Judenheit getragenen, autonomen Gemeinwesen* (common wealth) gesichert wird. Ferner wurde unter lebhaftem Beifall *Entschädigung von Pogromopfern* durch den

betreffenden Staat verlangt, endlich Einsetzung eines *internationalen Ausschusses* mit der Aufgabe, darüber zu wachen, dass die Grundsätze und Beschlüsse der Friedenskonferenz hinsichtlich der Juden durchgeführt werden.

Die amerikanischen Friedensbevollmächtigten für die Ostjuden.

Eine Delegation des amerikanischen jüdischen Kongresses sprach bei den amerikanischen Friedensbevollmächtigten vor und präsentierte eine ausführliche Note, die die Lage der Juden in Osteuropa schildert und gleiche Rechte für die jüdischen Minoritäten in Europa, speziell in Polen und Rumänien, fordert. Die Delegation bestand aus Julian W. Mack, Louis Marshall, Colonel Harry Cutler, Joseph Barondess, Rabbi B. L. Leventhal, Leopold Benedict, Dr. Nahem Syrkin und Bernhard J. Richards. Die amerikanischen Bevollmächtigten versprachen den Delegierten, dass sie der ihnen geschilderten Situation sorgsame Beachtung schenken und alles was möglich sei, tun werden, um die Lage der Juden in den Ländern Europas, wo diese bisher ungerecht behandelt worden seien, zu verbessern.

(New York Herald v. 4. April.)

Die Judenfrage in der Ukraine.
Die Wahrheit über Proskurow.

In einer der letzten Sitzungen der ukrainischen Nationalversammlung befaßte sich der Minister für Presse und Propaganda in der Ostukraine, Dr. Osyp *Nazaruk,* in längerer Rede mit dem jüdischen Problem. Der Minister verwies zunächst auf die grosse Bedeutung des jüdischen Elements, das die überwiegende Mehrheit der städtischen Bevölkerung in der ukrainischen Volksrepublik darstelle. Er betonte, dass nur die jüdische Minorität das volle Vertrauen des ukrainischen Volkes verdiene und hob hervor, dass sich sämtliche jüdische Volksparteien auf den Boden der ukrainischen Selbständigkeit gestellt haben. Wenn wir diese Entwicklung der ukrainischen Judenheit — führte der Redner aus — nicht durch eigenes Verschulden stören oder unterbrechen, so wird sie einen für die ukrainische Selbständigkeit sehr günstigen Verlauf und Abschluss finden.

Der Minister wandte sich dann der *Pogromgefahr* zu, die besonders stark in der Ostukraine bestehe, und verdammte in den schärfsten Ausdrücken die entsetzliche *Judenschlächterei in Proskurow.* „Wenn es auch wahr sei, dass sich die ukrainischen Truppen in Proskurow gegen Ueberfälle von Bolschewiken, unter denen sich auch jüdische Bundisten befunden haben sollen, decken mussten, so ist es keinesfalls zu rechtfertigen, dass die Rache für die Ueberfälle der jüdischen Bolschewiken nicht diese, sondern gerade die ruhige und unschuldige jüdische Bevölkerung, Greise, Frauen und Kinder, ganz unbarmherzig getroffen hat. Als ich unlängst in Proskurow war, fand ich *fast sämtliche jüdische Läden und Geschäfte gesperrt,* weil ihre Inhaber und deren Familien abgeschlachtet wurden. Vor dieser Pogromgefahr müssen wir den Westbereich der ukrainischen Republik in der wirksamsten Weise schützen. Nicht allein aus Gründen der Humanität, sondern einfach aus wohlverstandenem politischen Interesse sind wir verpfichtet, jeder Pogromgefahr entschiedenst vorzubeugen.

Redner wendet sich daher an die westukrainische Regierung, diesbezüglich eine *grosszügige Aufklärungsaktion im Volke* zu unternehmen und bittet die Staatssekretäre bei ihren Reisen im Lande, diese Aktion selbst zu überwachen und den untergeordneten Verwaltungsorganen die erforderlichen Instruktionen zu erteilen. Redner schliesst seine Ausführungen mit der Feststellung, dass, wenn die alliierten Mächte den Ukrainern im strittigen Gebiete *Lemberg-Przemysl* ein *Volksabstimmung* zugebilligt haben, so sei dies nicht so sehr *der Gunst der Entente für das ukrainische Volk zu danken, sondern vielmehr den polnischen Hetzereien gegen die Juden.* Namentlich der Lemberger Pogrom habe die gesamte Kulturwelt in Empörung versetzt. Schliesslich verlangte Minister Nazaruk auch die Heranziehung der nationalen Minoritäten zum Heeresdienst.

Die Lage in Lemberg.

Die „Wiener Morgenzeitung“ erhält von einem aus Lemberg eben Ankommenden folgende Nachrichten über die dortige Lage: die Kämpfe um Lemberg dauerten bis in die letzten Tage fort. Es werden täglich zahlreiche Verwundete in die Stadt gebracht. Von der Front von Janow allein kamen letzthin durchschnittlich 50 bis 60 Autos mit Verwundeten. Die Beschiessung von Lemberg kostet täglich 10 bis 20 Tote von der Zivilbevölkerung. In der Stadt, wo General Iwaszkiewicz als Nachfolger des bekanntlich nach Paris berufenen Rozwadowski das Kommando führt, herrscht ein völliges zaristisches Regiment. Die Juden wagen sich kaum auf die Strasse. Alle jüdischen Männer von 17 bis 50 Jahren werden zwangsweise zu den schwersten Arbeiten, wie Aufwerfen von Schützengräben im Artilleriefeuer verwendet. Sie werden zwangsweise in Uniform gesteckt; auch nächtliche Hausdurchsuchungen bei Juden kommen immer wieder vor. Die zur Zwangsarbeit Verwendeten erhielten Zettel, worin bestätigt wird, dass der Betreffende bei der Mobilisierungskommission als waffenfähig erkannt wurde. Nach der Musterung werden diese Zettel mit dem Stampiglienvermerk: „Geschworen“ versehen, ohne dass den Juden ein Eid abgenommen würde.

Die Teuerung in Lemberg ist enorm. Ein Stück Brot im Gewichte von 80 Deka kostet 26 Kronen, ein Kilo Butter über 200 Kronen, ein Kilo Polenta 50 Kronen, 1 Kilo Kartoffeln 8 Kronen, auch für Wasser muss man den Wasserträgern mehrere Kronen bezahlen, da Wassermangel herrscht und diese sich stundenlang um das Wasser anstellen müssen. Den Juden ist jede Versammlung verboten, während polnische Versammlungen ungestört stattfinden. Auch das Mehl für Pessach wurde bei den Juden requiriert. Unter den Uebergriffen der Soldaten, die bei Hausdurchsuchungen sich an fremdem Gut vergreifen, haben die Juden vieles zu leiden. Sämtliche Schulen in der Stadt sind gesperrt. Die Ukrainer beschiessen nur jene Stadtteile, wo sich Munitionslager, Kasernen und Kommandostellen befinden. Am meisten

wird die Karl Ludwiggasse beschossen. Zur Zeit der Beschiessung flüchten die Bewohner in die Keller, um dort Schutz zu suchen.

In Lemberg erscheinen gegenwärtig drei jüdische Zeitungen in jiddischer Sprache, das „Tagblatt", das „Poale-zionistische Volksblatt" (einmal in der Woche) und das Wochenblatt „Unsere Stimme", welches von der jüdisch-polnischen Sozialistenpartei (Z. P. S.) herausgegeben wird. Ein direkter Eisenbahnverkehr ist unmöglich, da die Linie zwischen Grodek und Sadowa Wisznia zerstört ist. Auf dieser Strecke wird der Verkehr durch Automobile besorgt, die aber nur für Militärpersonen in Betracht kommen. Auch in Przemysl wurden sämtliche Juden zwangsweise in das polnische Heer eingereiht.

Warnung Dr. Max Nordaus an die Zionisten.

Dr. Max *Nordau* machte in einem von ihm an Herrn L. Rosenthal in New-York gerichteten Brief eine treffende Verweisung betreffs der zionistischen Situation. Die Aussicht für den politischen Zionismus, erklärte er, sei nicht sehr glänzend, da viele in- und ausserhalb des zionistischen Lagers dahin arbeiteten, um aus der britischen Regierungs-Erklärung einen blossen Plan für jüdische Immigration in Palästina und für eine langsame Erbauung einer Universität in Jerusalem zu machen, was also ein Zurückkommen auf den alten Chovevei-Zionismus und Achad-Haamismus bedeutet.

(Jewish Chronicle vom 28. März.)

Chronik.

Polen.

Die Vertreter der jüdischen Parteien bei der Ententemission in Warschau.

Warschau, 1. April. Die politische Ententemission hat vor ihrer Abreise in Warschau Vertreter sämtlicher jüdischer Parteien empfangen, um sich über den Stand der Judenfrage in Polen und über ihren Standpunkt in dieser Frage zu informieren.

Ueber Einladung des italienischen Ministers Montonio erschienen als Vertreter der Orthodoxen die Rabbiner Halpern, Leiner, Ratsmann, Davidsohn, für die Assimilanten Eiger und Berensohn, für die Zionisten Dr. Gottlieb, Dr. Posnanski und Abg. Grünbaum, für die Volkspartei die Abg. Hirschhorn und Prilucki.

Die Vertreter der genannten Parteien wurden gesondert empfangen und konnten ihren Standpunnkt in längerer Unterredung zum Ausdruck bringen. Sie überreichten dabei auch ausführliche schriftliche Memoranden, in denen sie ihre Forderungen im Zusammenhang mit der jetzigen Lage der Juden im polnischen Staate präzisierten.

Noch ein jüdischer Abgeordneter im polnischen Landtag.

Warschau, 4. April. Durch die nachträglich bekannt gewordene Wahl des bekannten jüdisch-polnischen Schriftstellers, des Advokaten *Apolinary Hartglas*, ist die Zahl der gewählten jüdischen Abgeordneten auf 10 gestiegen. Abg. Hartglas ist Zionist und somit auch Mitglied des jüdischnationalen Landtagklubs. Er nimmt an den Beratungen des Landtages bereits teil.

Das Mandat des kurz nach seiner Wahl verschiedenen Dr. Max Rosenfeld erhielt der Dr. Ignacy Schipper aus Tarnow, nachdem die diesbezüglichen Formalitäten erledigt wurden. Dr. Schipper ist Poale Zionist.

Verbot des hebräischen Sprachunterrichtes in Lodz.

Lodz, 1. April. Entgegen den „Provisorischen Verordnungen" des polnischen Ministeriums für Kultus und Bildung, wonach die Einführung der hebräischen Sprache als obligater Gegenstand in den jüdischen öffentlichen Schulen angeordnet wurde, verfügte der Lodzer Schulrat die Einstellung des Unterrichtes der hebräischsn Sprache in den jüdischen Volksschulen mit Beginn des neuen Schuljahres.

Diese Verfügung hat begreiflicherweise in allen jüdischen Kreisen in Lodz eine Aufregung hervorgerufen, denn abgesehen davon, dass sie die Entlassung sämtlicher hebräischer Lehrer in den 40 jüdischen Volksschulen zur Folge haben würde, hat sie auch eine prinzipielle Bedeutung für das jüdische Schulwesen überhaupt.

— Das Ministerium des Innern veröffentlicht eine Erklärung, dass es kein Verbot gebe Jiddisch auf öffentlichen Versammlungen zu gebrauchen. Die Behörden hätten kein Recht Schwierigkeiten Versammlungen zu machen, weil die Debatten jiddisch geführt werden, falls nur die andern nötigen Formalitäten eingehalten würden.

— Die Gesellschaft der Friedensfreunde in Polen arbeitet ein Projekt für die Lösung der Judenfrage in Polen aus. Das Elaborat wird dem Landtag für die spezielle Kommission für jüdische Fragen übergeben werden.

Bialystok. Die Warschauer „Gazeta Poranna" meldet, dass Oberst Wyrostek einem Mitarbeiter der jüdischen Presse erklärt habe, dass in Brest-Litowsk, Bialystok wie auch überhaupt in *Litauen* und *Weissrussland* keine *militärischen Einberufungen* stattfinden werden. Er wies darauf hin, dass diejenigen, die kein Wahlrecht zum Landtag gehabt haben, als Ausländer auch vom Militärdienst befreit seien. Auch diejenigen, die in Warschau wohnen, werden, falls sie in einem andern als den zehn Gouvernements Kongresspolens geboren sind, als Ausländer betrachtet.

Bialystok. Das Drucken von Plakaten in russischer Sprache ist verboten. Alle Veröffentlichungen, die in den städtischen Vitrinen ausgehängt werden, dürfen nur polnisch oder jiddisch gedruckt werden.

(Nascho Utro, Grodno.)

Ukraine.

— Die ukrainische Regierung will Schadenersatz leisten für die Pogrome in Tarnopol. Dem Pressedienst der Delegation des Jüdischen Nationalrates für Ostgalizien wird aus Stanislau gemeldet: Auf die Intervention des Jüdischen Nationalrates für Ostgalizien in Angelegen-

heit der *Exzesse in Tarnopol* am 13. und 14. Februar l. J. ging dem Präsidium des Jüdischen Nationalrates folgendes Schreiben vom westukrainischen Staatssekretariat des Jnnern zu:

„Das Staatssekretariat des Innern beehrt sich mitzuteilen, dass es das staatliche Bezirkskommissariat in Tarnopol beauftragt hat, die der jüdischen Bevölkerung in Tarnopol während der Exzesse am 13. und 14. Febr. l. J. zugefügten Schäden kommissionell unter Zuziehung von beeideten Sachverständigen und Vertretern des Tarnopoler jüdischen Ortsnationalrates zu erheben und das Erhebungsresultat anher vorzulegen. Eine Entschädigung der betroffenen jüdischen Bevölkerung wird vom Ergebnisse der erwähnten Amtshandlung abhängig gemacht. Dr. Makuch, Staatssekretär des Innern".

Stanislau, 4. April. In der bolschewikischen Regierung der Ukraine sitzen mehrere Juden, Führer verschiedener jüdischsozialistischer Parteien. So ist der Kommissär für Finanzen ein Führer der „Vereinigten", Nowakowski, Kommissär für Bildung, Chefez vom „Bund", Kommissär für jüdische Angelegenheiten sind Churgin und Straschun, Mitglieder obgenannten Parteien.

Die Poale Zion sind in der Räteregierung nicht vertreten, da diese durch die Teilnahme ihres Führers Rewutzki an der ukrainischen Nationalregierung Winitschenko-Petljura bei den Bolschewiken kompromitiert sind. (Wr. Morgenzeitung).

Russland.

— Ueber das jüdische Leben in Russland ist eine Sondernummer der Mitteilungen des Kopenhagener Zionistischen Büros vom 9. März 1919 erschienen. Die Lage in Petersburg wird in bekannter Weise geschildert; auf dem Lande hätten zahlreiche Bauernaufstände stattgefunden, allein im Gouvernement Tambow 180. Die Bolschewiki scheinen ihre Todfeinde im russischen Bauerntum zu haben. Infolgedessen senden die Bauern so wenig wie möglich Lebensmittel in die grossen Städte, und die Regierung sah sich gezwungen, das Verbot des Handelns mit Lebensmitteln aufzuheben.

In Petersburg sind fast alle vermögenden Juden, die irgendwelche Möglichkeit hatten, nach Finnland, Ukraine, der Krim oder nach Sibirien geflohen. Die jüdische Gemeinde ist in einer pekuniär sehr schwierigen Lage. Dazu hat ihr die Regierung befohlen, die Trennung von Kirche und Staat durchzuführen. Sie musste 20 Vertreter des Gemeinderats und des Synagogenvereins einladen, um eine jüdische Religionsgesellschaft zu bilden. Laut Dekret sind sämtliche Immobilien der Gemeinde, sogar die Friedhöfe, vom Justizkommissariat beschlagnahmt und dieses hat sich bereit erklärt, die expropriierten Immobilien und Anstalten den Juden vorläufig zur Verfügung zu stellen. Trotz aller dieser Schwierigkeiten haben die Juden in Petersburg eine jüdische Volksuniversität gegründet, wo die Zahl der täglichen Vorlesungsstunden zunächst nur auf 2 Stunden festgesetzt ist, später aber auf 4 erhöht werden soll.

In der Provinz wird energisch gearbeitet, besonders zeichnen sich die Gemeinden Smolensk, Saratow, Pensa, Zarizyn, Kursk und Woronesch aus.

Rumänien.

Assentierung der Juden Siebenbürgens durch die Rumänen.

Namens der jüdischen Bevölkerung Siebenbürgens suchte ein Kurier die Redaktion des „Zsido Szemle" in Budapest auf und bat um Hilfe gegen die neueste krasse Völkerrechtsverletzung seitens der Rumänen. Die Rumänen zwingen nämlich in den besetzten Gebieten Rumäniens, gegen jedes internationale Recht und Uebereinkommen, sämtliche Nationalitäten mit Ausnahme der Magyaren, zu Heeresdiensten. Alle im wehrpflichtigen Alter stehenden Männer werden eingezogen. Die Juden werden assentiert und gezwungen gegen ihre Gefühle und Ueberzeugungen in den Dienst der Rumänen zu treten. Die mit Waffengewalt eingezogenen Leute werden überdies auf Grund des rumänischen Strafgesetzbuches gezwungen, eine Erklärung zu unterschreiben, dass ihr Eintritt ins rumänische Heer freiwillig erfolgt ist. Die siebenbürgische jüdische Bevölkerung bittet verzweifelt um die Hilfe der Judenheit der unbesetzten Gebiete Ungarns, da sie vergeblich gegen den Terror der Rumänen protestierte. Sie will und kann der besetzenden Macht in keiner Form behilflich sein. Die ungarländische zionistische Landesorganisation wurde gebeten, alles erdenkliche im Interesse ihrer siebenbürgischen Brüder zu unternehmen.

— In einer Besprechung, welche Baron Edmund *Rothschild* mit dem rumänischen Ministerpräsidenten *Bratianu* hatte und in welcher auch über die endliche Emanzipation der rumänischen Juden gesprochen wurde, verstieg sich Bratianu zu der Behauptung, dass unter den in der rumänischen Armee dienenden Juden „viele Verräter" gewesen seien. Auf die Frage, warum man diese Verräter nicht erschossen habe, erwiderte Bratianu, dass man in diesem Falle halb Rumänien hätte erschiessen müssen. Seine weiteren Aeusserungen über die Gleichberechtigung der Juden in Rumänien waren allgemeine Phrasen, welche dem Kern der Sache auswichen und eine kategorische Erklärung über diese Frage sorgfältig vermieden, so dass Baron Rothschild den Eindruck gewann, dass die Judenfrage in Rumänien nur unter dem Zwange der Friedenskonferenz zu einer günstigen Lösung gelangen kann.

Bukowina.

— Der Jüdische Nationalrat in der Bukowina überreichte dem Regierungspräsidenten *Dr. Flondor* eine Denkschrift über seine Forderungen hinsichtlich des Mittelschulwesens. U. a. verlangt der Jüdische Nationalrat: 1. die Gründung von jüdischen Gymnasien in Czernowitz und in der Provinz, wie auch einer jüdischen Realschule in Czernowitz. 2. Ernennung eines jüdischen Landesschulinspektors. 3. Einflussnahme des Jüdischen Nationalrates auf die Nationalisierung des jüdischen Schulwesens. Der Regierungspräsident nahm die Forderungen zur Kenntnis und bewilligte auch die Durchführung der Wahl zum Jüdischen Nationalrat.

(Allg. jüdische Ztg. Budapest)

Ungarn.

—Das Sekretariat der zionistischen Delegation fordert die ungarländische zionistische Organisation auf, zur Festlegung der ungarländischen nationalen Minoritätsrechte, unverzüglich Delegierte nach Paris zu entsenden, oder ihre Vertreter zu benennen.

(„Jövönk“ früher „Zsido Szemle“ Budapest v. 30. März.)

Tschecho-slovakischer Staat.

Der Jüdische Nationalrat in Böhmen.

Prag, 28. März. Dienstag, den 25. d. Mts. fand hier unter dem Vorsitz des Herrn Dr. *Singer* eine erweiterte Präsidialsitzung des Jüdischen Nationalrates statt. Herr Herbert v. *Fuchs*, der Delegierte bei den jüdischen Nationalratkonferenzen, der vor Abschluss der Konferenzen zurückkehren musste, erstattete einen Bericht, aus welchem hervorgeht, dass die nationalen Forderungen in den östlichen Ländern weitergehend sind als in der Tschecho-Slowakei und Deutsch-Oesterreich. Sodann berichtete er eingehend über den Gang der Palästinafrage und deren politische Vorbedingungen, worauf Dr. Max *Brod* ausführlich über die Audienz beim Präsidenten *Masaryk* berichtete. Bei der Audienz waren anwesend vom Jüdischen Nationalrat Dr. Salomon *Lieben* für die Orthodoxie, Karl *Fischl* für Poale Zion, Professor Dr. Alfred *Engel* für slowakische und Flüchtlingsangelegenheiten sowie Sekretär Emil *Waldstein*. Letzterer legte die auswärtige Politik des Jüdischen Nationalrates ausführlich dar. Insbesondere wies er auch auf das energische Auftreten des Dr. Lieben bei der allweltlichen Tagung der Orthodoxen in Zürich hin, auf die Bemühungen des Vertreters der jüdischen Sozialisten Herrn Rudolf *Kohn* bei der internationalen Sozialistenkonferenz in Bern, auf die Tätigkeit des Herrn Dr. Hugo Bergmann in der Schweiz und Leo Hermanns in London. Der Präsident zeigt sich über die Information sehr erfreut. — Dann kam die Rede auf die innerpolitischen Postulate. Der Präsident steht sowohl in der Frage der Demokratie der Kultusgemeinde wie auch des Vertretungsrechtes der jüdischen Nation in der Nationalversammlung auf demselben Standpunkt wie die Zionisten. Den breitesten Raum in der Audienz, die fast eine Stunde dauerte, nahmen aktuelle Beschwerden ein: Die Situation in der Slowakei, der Boykott gegen alles jüdische, die unwahrhafte Presshetze, die unmenschliche Behandlung der Flüchtlinge, Uebergriffe gegen jüdische Staatsbürger, Panikstimmung unter den Juden in Prag, Befürchtungen wegen des nahen Passahfestes. Konkrete Vorschläge zur Abhilfe versprach der Präsident zu prüfen und betonte nochmals, dass er in der ihm wohlbekannten Politik des Jüdischen Nationalrates die beste Gewähr für die Zukunft sehe. Hieraufberichtet Präsident Dr. Singer über die überaus erfolgreich verlaufene Tagung der jüdischen Volksräte in Brünn, die neuerlich den Beweis erbracht habe, dass die mährische Judenschaft geschlossen hinter dem Nationalrat stehe. Der Nationalrat erfreue sich in Mähren einer ausserordentlichen Popularität. — Nach Erörterung von verschiedenen Tagesfragen und politischen Massnahmen für die nächste Zeit wurde die Sitzung geschlossen.

Jugoslavien.

Eine jugoslavische Kolonie in Palästina.

In den südslavischen Ländern, wo bei der Neugestaltung der Verhältnisse von jedem Bürger verlangt wurde, dass er sich selbst mit einer bestimmten Summe zu Gunsten des Staates besteuere, hat die zionistische Leitung an die Jüdischnationalen die Aufforderung gerichtet eine entsprechende Summe für eine Palästina-Erneuerungs-Aktion zu zahlen. Die aufgebrachten Geldmittel sollen für den Boden einer jugoslavischen Kolonie in Erez Jisroel Verwendung finden.

(Allg. Jüd. Ztg. Budapest)

Deutschland.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung über die Pariser Beschlüsse.

Unter der Ueberschrift: „Palästinafrage, der deutsche Standpunkt“ schreibt das offiziöse Organ der deutschen Regierung, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 14. März d. J.: Das Ergebnis der Sitzung bedeutet die grundsätzliche Anerkennung des zionistischen Programms durch die Ententemächte. Der zionistische Führer *Weizmann* hat denn auch offiziell in der Londoner zionistischen Konferenz erklärt, dass alle Mächte in Paris die zionistische Forderung angenommen haben. Für die Entwicklung der Judenfrage und speziell der jüdischen Palästinaforderung ist dies von entscheidender Bedeutung.

Es ist bereits früher dargelegt worden, dass die Erfüllung der jüdisch-nationalen Forderung, insbesondere die Schaffung der jüdischen Heimstätte Palästina, vom deutschen Standpunkte aus nur zu begrüssen ist, wie das seitens Deutschlands schon durch die im Sommer 1917 erfolgte Erklärung des damaligen Unterstaatssekretärs im auswärtigen Amte, Freiherrn von dem Bussche betont wurde. Der Beschluss des Zehnerausschusses kann naturgemäss nicht die formale und endgültige Entscheidung der Frage darstellen. Diese wird erst das Plenum der Friedenskonferenz, auf der alle Mächte vertreten sein werden, vornehmen können. Da Palästina der Souveränität des Völkerbundes unterstellt werden wird, hat dieser, nachdem er einmal konstituiert sein wird, in dieser Frage das letzte Wort zu sprechen, damit das zu erstrebende Ziel „Palästina den Juden“ in Wirklichkeit umgesetzt werden kann,

— Die Mitglieder des jüdischen Volksrates von Posen, Oberrabbiner Dr. *Freimann* und der zionistische Führer Dr. *Kollenscher*, wurden am 15. März von der Ententekommission empfangen. Sie unterhandelten mit dem Referenten für die Judenfrage, dem Minister *Montagne*. Die jüdischen Vertreter dankten der Kommission für die Beschlüsse der Friedenskonferenz, die den Juden Palästina zugestanden habe. Sie trugen dann die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen u. sozialen Forderungen der Posener Juden vor. Montagne bekundete durch viele Fragen sein lebhaftes Interesse und liess seine Zustimmung zu den jüdischen Wünschen erkennen. Die Delegierten überreichten drei Denkschriften über jüdische Forderungen.

— Die Repräsentanten der Berliner jüd. Gemeinde nahmen die Vorlage des Vorstandes, bereits bei den demnächstigen Nachwahlen das proportionale Wahlrecht in Anwendung zu bringen und die Statuten dementsprechend abzuändern, einstimmig an. Der Antrag Listenverbindung nicht zuzulassen, da hierdurch Minderheiten keineswegs geschützt werden, wurde abgelehnt, da dies das noch bestehende Gesetz von 1847 nicht zulasse.

England.

Konferenz der englischen Poale-Zion.

Nach Anhörung eines Berichtes über die Verhandlungen mit dem zionistischen Büro wurde beschlossen, von dem zionistischen Büro die Realisierung folgender Bedingungen zu fordern: 1. 3 Vertreter der Poale-Zion in der Palästina-Kommission. 2. 2 Vertreter der Poale-Zion im politischen Büro mit vollem Beratungsrecht. 3. Das Verbandsbüro soll einen Vertreter in die engere politische Kommission nominieren. 4. Die Parteiberatung bestätigt die Resolution der Manchester Konferenz, dass bei unserem Eintreten und Mitarbeiten in der zionistischen Organisation wir unsere Selbständigkeit als Partei bewahren und unseren Einfluss auf die Methoden und Pläne der kommenden Arbeit in Palastina auszuüben trachten und uns bestreben, gegen die geheimen Methoden, mit welchen die zionistische Leitung jetzt ihre Arbeit führt, einzuwirken.

— Die „Daily News“ druckt einen Brief von Jsrael Cohen ab, worin die Pressenachrichten, der Aufstand der Araber in Aegypten hätte seinen Grund darin, dass die Araber nicht einwilligen wollen, dass Palästina ein jüdisches Heim werde, als unwahr bezeichnet werden. Herr Cohen versichert, dass zwischen Juden und Arabern gute Beziehungen herrschen und dass die Araber damit einverstanden sind, dass Palästina den Juden übergeben werde. Cohen verweist auf den Brief des Emir Feysul an die Zionisten, wie auch auf die Konferenzen zwischen den Juden und Arabern in Jerusalem, die von dem freundschaftlichsten Geiste erfüllt waren.

— Sir Alfred *Mond*, der erste Kommissar für öffentliche Arbeiten, hat dem jüdischen Nationalfonds einen Scheck über 5000 Pfund überwiesen, als erste Rate seiner Spende von 25,000 Pfund, die er dem jüdischen Nationalfonds zum Ankauf von Land in Palästina in fünf Jahresraten zugesagt hat.

— Der König von Hedschas, der Vater des Emir Feysul begibt sich nach Syrien und wird sich in Damaskus aufhalten. Man misst dieser Reise eine wichtige politische Bedeutung bei. Die Entscheidungen welche die Pariser Konferenz zu treffen im Begriffe ist, werden als eine und zwar der nicht unbedeutendsten Ursachen dieses königlichen Besuches bezeichnet.

(Daily Mail v. 7. April)

Italien.

Sonnino verwendet sich für die jüdischen Flüchtlinge in Wien.

Die italienische Mission in Wien erhielt ein Telegramm von Sonnino aus Paris, wonach angesichts der trostlosen Lage, in der sich laut Bericht des Oberrabbiners Professor Dr. Chajes 30,000 jüdische Flüchtlinge aus Galizien und der Ukraine befinden, die italienische Delegation in Paris beim Obersten Interalliierten Wirtschaftsrat interveniert hat, um in der weitmöglichsten Weise für die Linderung ihrer Not zu sorgen. Gleichzeitig wurde zur Finanzierung dieser Aktion auch dringendst die Intervention des jüdischen Wohlfahrtamtes in New-York angesucht. Dazu erfahren wir, dass Oberrabbiner Chajes in Bern bei der amerikanischen Gesandtschaft in dieser Sache interveniert hat, welche bereitwilligst die erhaltenen Informationen nach Paris weiterleitete und auch den nach Paris reisenden Delegierten Dr. Reich und Doktor Ringel Instruktionen mitgab. Von Paris aus wurde dann die Verbindung mit dem amerikanischen Hilfskomitee hergestellt und von der Entente die Zustimmung erbeten, dass wie nach Polen auch nach Deutschösterreich die Einfuhr von Geld und Lebensmitteln für die notleidenden Flüchtlinge gestattet werden. (Wr. Morgenzeitung).

Mazzesversorgung der jüdischen Kriegsgefangenen in Italien.

Auf Grund einer Anregung des Herrn Rabb. Dr. *Disegni*, Verona hat sich das Zentralbüro der Agudas Jisroel an das amerikanische Unterstützungskomitee in Holland telegraphisch mit der Bitte gewandt, ihm für die Zwecke der Mazzeversorgung, der in Italien befindlichen jüdischen Kriegsgefangenen, einen Betrag zur Verfügung zu stellen. (Siehe Aufruf der J.P.Z. in Nummer 24 ihrer Mitteilungen.)

Das Mitglied der Kommission Herr Engelmann hat daraufhin dem Zentralbüro der Agudas Jisroel drahtlich einen Betrag von Gulden 10,000.— (ca. 30,000 Lire) aus den amerikanischen Hilfsgeldern zur Verfügung gestellt.

— Der Spezialberichterstatter des „Secolo“ *Magrini* schildert ausführlich die Situation der jüdischen Bevölkerung in Polen, die er als sehr traurig bezeichnet. Er hatte Konferenzen mit allen führenden politischen Persönlichkeiten des Landes, darunter auch mit Prilutzki. Der italienische Journalist kommt auf Grund seiner Studien zu der Ueberzeugung, dass das jüdische Problem in Polen nicht durch direkte Verständigung von Volk zu Volk gelöst werden kann, sondern dass es unbedingt vor das Tribunal der Friedenskonferenz kommen muss. Er bezeichnet den Antisemitismus in Polen als chronische Krankheit, welche das polnische Volk vergiftet hat.

Holland.

— Vor einigen Wochen hat der Kirchenrat der jüdischen Gemeinde in Amsterdam eine Vorlage der Herren Israels u. a. auf Einführung von Aktiv- und Passivwahlrecht für steuerzahlende Frauen, auf ein Avis des Oberrabbiners hin, der erklärte, dass dasselbe nicht im Geiste des Judentums wäre, nach kurzer Disskussion mit grosser Mehrheit verworfen. Nunmehr verlangen dieselben Herren, aus diesem Grunde die Frauen vom Steuerzahlen zu dispensieren.

(Nieuw Israelitisch Weekblad 28. III./19.)

Amerika.

— 61 Senatoren der Vereinigten Staaten, die 44 Staaten vertreten und 239 Mitglieder des Repräsentantenhauses, die zusammen die Mehrheit im Kongress bilden, haben der zionistischen Organisation in Amerika die Erlaubnis gegeben, eine Denkschrift zu publizieren, in der sie ihre Zustimmung geben zur Gründung einer Heimstätte für die Juden in Palästina auf dem Boden der Erklärung des Präsidenten Wilson und der anderen Ententemächte, die ihre Beihilfe dazu versprochen haben. (Chadaschoth Mehaarez)

— Der frühere amerikanische Gesandte in Konstantinopel, Oscar Strauss, hat der Londoner Wochenschrift „Weekly Despatch“ über die Frage der Wiederansiedelung der Juden in Palästina ein Interview gewährt. Er erklärt darin, dass grosse Massen von Juden, die in solchen Teilen Europas wohnen, in denen ihnen die volle Freiheit und Gleichberechtigung verweigert wird, nach Palästina auswandern werden, um dort eine nationale Heimstätte zu errichten. Auf die Frage, ob die jüdischnationale Heimstätte von ungünstigem Einfluss auf die Interessen der Juden anderer Länder sein würde, wie das von den Antizionisten behauptet wird, erklärte Herr Oscar Strauss, eine solche Behauptung sei Unsinn. Er sprach seine Ueberzeugung aus, dass die Zeit kommen werde, wo die Errichtung eines jüdischen Staates sich als berechtigt erweisen werde, und erklärte seine Genugtuung darüber, dass England die Rolle einer Mandatarmacht über Palästina zugewiesen werden soll.

Amerikanische Bekleidungshilfe.

In Palästina herrscht eine grosse Bekleidungsnot. Die Vorräte sind nur sehr gering. Besonders die galiläischen Evakuierten leiden unter dem Kleidermangel. Das amerikanische „Palästina-Amt“ hat eine grosse Kleideraktion eingeleitet und demnächst wird ein Schiff mit Kleidern nach Jaffa abgehen. In der Union hat man überall *Kleidernäh-Cercles* organisiert die für Palästina arbeiten. (Jövönk).

— Jakob Schiff, der bekannte Führer der amerikanischen Juden, ist auf einer Massenversammlung in New York sehr scharf gegen das Verlangen, jüdischen Einwanderern die Immigration nach Amerika zu verbieten, aufgetreten.

Kanada.

Der jüdische Kongress in Kanada.

Der kanadische Kongress der Jüdischnationalen fasste eine Resolution gegen das von der amerikanischen Regierung geplante Einwanderungsverbot. Er fordert in seiner Entschliessung Politik der offenen Tür.

Palästina.

Eine Sanitätsmission in Palästina.

Die amerikanische ärztliche Kommission „Hadassa“ hat in Palästina eine wichtige Institution ins Leben gerufen: eine Sanitätsmission. Diese Mission hat die Ursachen der Krankheiten, die in Palästina grassieren, zu erforschen, sowie Massnahmen zu ihrer Bekämpfung vorzuschlagen. Der Mission gehören folgende Aerzte an: Dr. Hilel Joffe, Dr. Beham, Dr. Goldberg, Dr. Chalkewitsch, Dr. Krimski, Sanitätsmann Schmidt und Agronom Dr. Pikholz. In Jaffa begann die Mission ihre Tätigkeit durch Einberufung einer gemeinsamen Konferenz des Gesundheitsamtes der Stadtverwaltung von Tel-Awiw, der Aerzteschaft des Ingenieurvereins und der Vertreter des provisorischen Komitees. Die Konferenz behandelte die Frage des Gesundheitszustandes der Bevölkerung, der Spitäler, der Wohnungs- und Lebensmittel-Aufsicht, der Wasserversorgung etc. Besonders befasste man sich mit der starken Zunahme der Sterblichkeit, die aus folgenden der Konferenz vorgelegten Zahlen ersichtlich ist: während im Jahre vor dem Kriege in Jaffa 90 Personen gestorben sind, wurden allein in den letzten 4 Monaten dort 112 Sterbefälle konstatiert. Dabei ist die Bevölkerung von Jaffa in dieser Zeit um 4000 Seelen zurückgegangen. Auch in Haifa schreitet die sanitäre Arbeit dank der Mühe von Frau Dr. Rappaport, Dr. Schreibmann, Sanitätsschwester Liebersohn und anderen rüstig vorwärts.

— Das Zentralbüro der Misrachi-Föderation in Berlin veröffentlicht folgende Erklärung: Von antizionistischer Seite wird das verläumderische Gerücht ausgestreut, die Zionisten würden in Palästina die Orthodoxen drangsalieren und ihre Bestrebungen bekämpfen. Daraufhin sind wir in der Lage auf Grund von durchaus zuverlässigen Nachrichten folgende Tatsachen festzustellen: Zunächst gewährt die zionistische Organisation den in Palästina bestehenden Jeschiwaus eine Subvention im Betrage von 3700 Lst. Ferner arbeiten in Palästina die Schulen der Freien Vereinigung mit denen der zionistischen Organisation, insbesondere des Misrachi Hand in Hand. Aus diesen Tatsachen ergibt sich zur Evidenz, dass die angebliche immanente Zwispältigkeit, die zwischen der Zionistischen Organisation und der Orthodoxie besteht lediglich ein Produkt des heftigen Parteikampfes ist, der sich hier in den Galutâhändlern abspielt und seine eigentliche Stätte in Frankfurt a/M hat. In Palästina hingegen, wo man die Dinge auf gemeinsamen Boden erlebt, sind jedoch sämtliche Glieder des jüdischen Volkes in ganz erfreulicher Weise bestrebt zu einer Einheit und Verständigung zu gelangen.

— Die englische provisorische Militärverwaltung hat folgenden Erlass herausgegeben: Damit wir die Bewaldung der palästinensischen Berge fördern, befreit hiermit der Gouverneur allen Boden von der Steuerlast, den die Dörfer oder Kolonien gemeinsam besitzen und zu Baumpflanzungen verwenden. Die Steuerfreiheit ist jedoch an die einzige Bedingung geknüpft, dass die Gemeinden auf einem Dunam Land mindestens 50 Bäume zu pflanzen und den Sprösslingen die nötige Pflege angedeihen zu lassen, verpflichtet sind.“

— Letztens hat das Missionswesen in Jerusalem immer mehr an Boden gewonnen, und falls die Vertreter des neuen und alten Jischub sich nicht zusammennehmen werden, um mit vereinigten Kräften die Mission zu bekämpfen, ist wenig Hoffnung vorhanden, dass die Juden davon verschont bleiben. Der Verein „Makkabi“ hat in der letzten Zeit begonnen sich dafür zu interessieren, aber dies genügt nicht. Einem Verein oder sogar einer Organisation kann es nicht gelingen alles, was man in dieser Frage zu tun hat, zu leisten. (Chadaschoth Mehaarez)

Die „J.P.Z.“ ist eine Privatagentur — Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50 — Druck von Kopp-Tanner, Zürich